

Niederschrift

über die Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Landwirtschaft und Umwelt am
Donnerstag, dem 22.11.2018, im Ratssaal des Rathauses Lemwerder

Beginn: 20:34 Uhr

- öffentlicher Teil -

Ende: 21:32 Uhr

Anwesend:

Vorsitzende/r

Ratsherr Sven Göttisch

Mitglieder

Ratsherr Wolfgang Eymael

Ratsherr Karsten Hays-Warfelmann

2. stv. Bürgermeister Ewald Helmerichs

Ratsherr Günter Naujoks

Vertretung f. Ratsherrn Türkcan

Ratsherr Wolf Rosenhagen

Ratsfrau Brigitta Rosenow

Ratsherr Sven Schröder

Ratsherr Jan Olof von Lübken

Protokollführer

Fachdienstleiter II Dennis Paack

von der Verwaltung

Fachbereichsleiter II Matthias Kwiseke

Bürgermeisterin Regina Neuke

Fachdienstleiterin I Rilana Rethorn

Fachbereichsleiterin I Jutta Zander

Zuhörer/in

Ratsherr Werner Ammermann

Ratsherr Andreas Jabs

Ratsfrau Wiebke Naujoks

Ratsherr Meinrad-Maria Rohde

Ratsherr Harald Schöne

Abwesend:

Mitglieder

Ratsherr Yener Türkcan

fehlte entschuldigt.

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung
- 1.1 der ordnungsgemäßen Einladung
- 1.2 der Beschlussfähigkeit
- 1.3 der Tagesordnung
- 2 Genehmigung der Niederschrift vom 25.10.2018
- 3 Artensterben stoppen - Stellungnahme der Verwaltung zum Antrag der Bündnis 90/Die Grünen
Vorlage: FB II/096/2018
- 4 Technologiezentrum Nordenham (TZN) - Zwischenbericht
Vorlage: BÜ/041/2018
- 5 Haushalt 2019
- 6 Aufbau und Gestaltung von Willkommensschildern
Vorlage: BÜ/042/2018
- 7 Mitteilung der Verwaltung, Anfragen und Anregungen von Ratsfrauen und Ratsherren
- 8 Einwohnerfragestunde

Öffentlicher Teil

1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung

1.1 der ordnungsgemäßen Einladung

1.2 der Beschlussfähigkeit

1.3 der Tagesordnung

Ausschussvorsitzender Götttsch eröffnete die Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Einladung und Beschlussfähigkeit fest. Gegen die Tagesordnung ergaben sich keine Einwände.

2 Genehmigung der Niederschrift vom 25.10.2018

Die Niederschrift wurde einstimmig genehmigt.

3 Artensterben stoppen - Stellungnahme der Verwaltung zum Antrag der Bündnis 90/Die Grünen Vorlage: FB II/096/2018

Bürgermeisterin Neuke verwies auf die Vorlage der Verwaltung zur Beantwortung des Antrags der Bündnis 90/Die Grünen vom 27.05.2018.

Ratsfrau Rosenow sagte, dass sie den Weg, den die Gemeinde zum Thema eingeschlagen hat, gut findet, aber sie noch besser werden könne. Deshalb fordert sie folgende Aufnahmen in den Pachtverträgen bei landwirtschaftlich genutzten Grünflächen: Das Verbot von Herbiziden auf gemeindeeigenen Flächen und die Schaffung von Blühstreifen. Weiter soll eine konkrete Regelung zum Thema „Versiegelung“ in Bebauungsplänen geschaffen werden. Fachbereichsleiter Kwiske sagte, dass man den Grad der Versiegelung in der GFZ im Bebauungsplan geregelt habe und dass weitere Vorgaben schlecht zu kontrollieren seien. Er verwies auf Punkt 8 der Stellungnahme.

Frau Neuke sagte, dass sich die Pachtverträge automatisch verlängern und dass bei entsprechenden Vorgaben eine Änderungskündigung erfolgen müsste.

Ratsherr Helmerichs regte an, dass man den Punkt 6 als Basis für eine freiwillige Teilnahme zu verstehen habe. Hierbei könnte Aufklärungsarbeit auch vom Landvolk geleistet werden. Nach weiteren Wortbeiträgen zum Thema einigte man sich darauf, dass die Verwaltung zum Punkt 6 mit den Bestandspächtern ein Gespräch suchen wird, um auf das Thema aufmerksam zu machen und einen gemeinsamen Weg zu gehen.

Ratsfrau Rosenow konnte sich mit dieser Beantwortung ihres Antrags nicht ganz abfinden und bat um Abstimmung über den Ursprungsantrag vom 27.05.2018.

Der Antrag der Bündnis 90/ Die Grünen wurde mehrheitlich abgelehnt.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	4
Nein:	5
Enthaltung:	0

Nachfolgend ist die Stellungnahme der Verwaltung als Beschlussempfehlung zu den einzelnen Forderungen des Antrags vom 27.05.2018 über die unter Auslassung des Punktes 6 abgestimmt wurde.

1. Die Gemeinde veranlasst Pflanzungen, die sich auf heimische, standortgerechte Arten beschränken und einen Großteil an Blühpflanzen beinhalten. Die Pflegeintensität muss dabei beachtet werden. Mit der jährlichen Pflanzaktion und darüber hinausgehenden Pflanzungen durch den Betriebshof wird die Forderung bereits umgesetzt. Innerhalb der Gemeinde hat sich seit Jahren das Bewusstsein festgesetzt, zu einer Verbesserung der Umwelt beitragen zu wollen.
2. In Teilbereichen werden Grünflächen in der Gemeinde nur ein- bis zweimal im Jahr gemäht, z. B. die Freiflächen um den Skaterplatz oder die Randbereiche an den Edenbütteler Teichen. Dies geschieht unter Berücksichtigung der Brut- und Setzzeit, die Mitte Juli endet. Zu diesem Zeitpunkt haben viele Gräser und Wildkräuter bereits Samen gebildet.
3. Die Gemeinde setzt keine Unkrautvernichtungsmittel ein und wird dies auch weiterhin nicht tun. Das gilt auch für die Flächen, die durch die Eschhof GmbH bearbeitet werden.
4. Die öffentliche Beleuchtung wird sukzessive auf LED-Technik umgestellt. Die Voraussetzungen für insektenfreundliches Licht sind dabei gegeben (geringe bis keine Abstrahlung nach oben, warmweißer Ton, geringer UV-Anteil). Die Betriebszeiten ließen sich problemlos einstellen. Derzeit ist zur Gewährleistung der Verkehrssicherheit eine durchgängige Beleuchtung vereinbart.
5. Als Vorbereitung für das jährlich stattfindende Loten der Gräben ist die Mahd der Seitenräume von Feld- und Wirtschaftswegen erforderlich. Darüber hinaus bestehende Seitenräume werden keiner besonderen Pflege unterzogen. Im Normalfall werden diese einmal im Jahr heruntergeschnitten, um das seitliche Einwachsen in den Straßenraum zu minimieren. Zusätzliche Pflanzungen können im Rahmen der Arbeit mit dem Grünflächenkataster für bestimmte Flächen vorgesehen werden.
6. **Gestrichen:** In den bestehenden Pachtverträgen zu landwirtschaftlichen Nutzflächen finden sich keine Hinweise auf eine ökologische Ausrichtung der Nutzung. Vorstellbar ist bei zukünftigen Neuverträgen die Aufnahme des Verbots des Einsatzes von Totalherbiziden sowie des Verbots der Aufzucht gentechnisch veränderter Pflanzen. Die vertragliche Vereinbarung zum Anlegen von Blühstreifen stellt aus Sicht der Verwaltung einen nicht zu leistenden Aufwand der Überwachung der Umsetzung und einen unverhältnismäßigen Eingriff in die unternehmerische Freiheit des Pächters dar.
7. Die Gemeinde agiert pestizidfrei und unterstützt insektenfreundliche Projekte, z. B. aktuell „Lemwerder blüht auf“ an den Edenbütteler Teichen (Kooperation Betriebshof und AWO) oder die Pflanzung der Blühsträucher am ehemaligen Bahndamm.
8. In den kommunalen Bebauungsplänen werden wie bisher weiterhin Grünflächen im öffentlichen Raum festgesetzt. Über die Festsetzungen zu einem Bebauungsplan kann darüber hinaus geregelt werden, wie die Flächen auf privaten Grundstücken, die nicht überdacht werden, gestaltet werden sollen – hier sind allerdings durch die Rechtsprechung Grenzen gesetzt. Sinnvoll ist die übliche Praxis, festzuschreiben, dass z. B. standortgerechte heimische Gehölze oder ein Obstbaum gepflanzt werden müssen, ggf. mit dem Zusatz, dass diese insektenfreundlich sein müssen. Letztlich ist der Bauherr in der Verantwortung, die Folgen seines Handelns abzusehen. Er muss entsprechend informiert werden, wie naturgerecht gestaltet werden kann. Vorstellbar ist auch, Anreize zu schaffen, Grundstücke ökologisch auszurichten, wenn z. B. Wettbewerbe ausgerichtet und die Gewinner ausgezeichnet (Plakette am Gartenzaun) würden.
Die Gemeinde Lemwerder würde sich im Falle der Zustimmung zu diesem Antrag vornehmen, den eingeschlagenen Weg zur Erhöhung der Artenvielfalt fortzuführen und Anstrengungen im Bereich der Informationsverbreitung zu diesem Thema auszubauen.

Der Ausschuss stimmt einstimmig bei einer Enthaltung dem Antrag der Bündnis 90/Die Grünen in der Fassung der Stellungnahme der Verwaltung unter Streichung des Punktes 6 zu.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	8
Nein:	0
Enthaltung:	1

4 Technologiezentrum Nordenham (TZN) - Zwischenbericht Vorlage: BÜ/041/2018

Bürgermeisterin Neuke gab anhand einer Powerpoint-Präsentation einen kurzen Einblick in die Aufgaben und Neuausrichtung des Technologie Zentrum Nordenham (TZN). Ihr Fazit zu der Einrichtung. Das TZN befindet sich auf einen guten Weg, jedoch sieht sie das TZN nicht als einen Kooperationspartner für die Gemeinde Lemwerder.

Der Ausschuss nahm die Ausführungen zur Kenntnis.

5 Haushalt 2019

Fachdienstleiterin Rethorn stellte die Produkte (P1.547000.002 bis P1.571000.002) und die entsprechende Ansätze vor.
Die beim Produkt Ritzenbütteler Sand (P1.551000.002) vorgesehenen Mittel i.H.v. 3.000 € für die Herstellung einer Boulebahn werden für die Umsetzung einer Boulebahn in Altenesch verwendet.

Ratsfrau Rosenow hatte eine Nachfrage zum Entfall des Zuschusses für die WiFö ab 2022. Frau Rethorn sagte, dass es sich hierbei um den Zuschuss für das LEADER-Programm handelt, welches im Jahr 2022 eingestellt wird.

Der Ausschuss nahm die Ausführungen zur Kenntnis. Weitere Nachfragen ergaben sich nicht.

6 Aufbau und Gestaltung von Willkommensschildern Vorlage: BÜ/042/2018

Bürgermeisterin Neuke erläuterte anhand einer Präsentation die Gestaltungsvorschläge und Zielsetzungen sowie die möglichen vier Standorte von Willkommensschildern.
Die Ausschussmitglieder befanden die Vorschläge für gut und sprachen sich für das Bild mit den „Menschen“ aus. Sie favorisierten Standorte in der Nähe der Ortstafeln.

Ratsherr Helmerichs würde es begrüßen, wenn an den überregionalen Radwegen, z.B. in Ochtum neue Ortstafeln mit einem Punkt zum Standort aufgestellt werden würden.

Der Ausschuss nahm die Ausführungen zur Kenntnis.

7 Mitteilung der Verwaltung, Anfragen und Anregungen von Ratsfrauen und Ratsherren

Ratsherr Schröder fragte nach dem Starttermin zum papierlosen Ratsinformationssystem („Tablets“). Bürgermeisterin Neuke sagte, dass noch nicht alle Rückmeldungen vorliegen würden, aber der Start unmittelbar bevorstehen würde.

Weitere Anfragen und Anregungen von Ratsfrauen und Ratsherren ergaben sich nicht. Mitteilungen der Verwaltung lagen ebenfalls nicht vor.

8 Einwohnerfragestunde

Es ergaben sich keine Wortmeldungen.

Ausschussvorsitzender

Bürgermeisterin

Protokollführer